

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 25. Ratssitzung vom 26. November 2014

549. 2014/87

Weisung vom 26.03.2014:

«Volksinitiative für sichere und durchgängige Velorouten» (Velo-Initiative), Ablehnung und Gegenvorschlag

Antrag des Stadtrats:

A. Zuhanden der Gemeinde:

1. Die «Volksinitiative für sichere und durchgängige Velorouten» (Velo-Initiative) vom 30. Januar 2013 wird abgelehnt.
2. Die nachstehende Vorlage wird als Gegenvorschlag zur «Volksinitiative für sichere und durchgängige Velorouten» (Velo-Initiative) vom 30. Januar 2013 beschlossen:
 - a. Für die Planung und den Bau kommunaler Velorouten, -stationen und -abstellplätze in der Stadt Zürich wird ein Rahmenkredit von 120 Millionen Franken bewilligt.
 - b. Über die Aufteilung des Rahmenkredits in Objektkredite für Projekte entscheiden der Stadtrat respektive die nachgeordneten Stellen gemäss Geschäftsordnung des Stadtrats.
 - c. Der Stadtrat erstattet dem Gemeinderat jährlich Bericht über das Bauprogramm der kommunalen Velorouten, -stationen und -abstellplätze für die nächsten drei Jahre.

B. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz

1. Die Volksinitiative und der Gegenvorschlag werden den Stimmberechtigten gleichzeitig zur Abstimmung unterbreitet.

Referentin zur Vorstellung der Weisung:

Simone Brander (SP): Die Velo-Initiative verlangt drei Sachen: Die Planung und den Bau eines flächendeckenden Veloroutennetzes in Zürich, über die Aufteilung des Rahmenkredits in einzelne Objektkredite soll der Stadtrat entscheiden, der Stadtrat berichtet dem Gemeinderat jährlich, im Rahmen des Geschäftsberichts über den Stand und die Umsetzung des Veloroutennetzes. Der Stadtrat möchte den Umfang weiter fassen und die Verwendung des Rahmenkredits nicht nur auf die Planung und den Bau von Velorouten beschränken, sondern zusätzlich auf die Veloinfrastruktur ausweiten und schlug deshalb den hier vorliegenden Gegenvorschlag vor. In den nächsten zehn Jahren sind Projekte zur Aufwertung von kommunalen Routen in der Grössenordnung von etwa 40 Millionen Franken geplant. Der Stadtrat will das Geld vom Gegenvorschlag verwenden und die Umsetzung der kommunalen Route zu verschnellern. Neben dem durchgängigen Veloroutennetz werden auch genug Veloabstellanlagen benötigt. Im

Masterplan Velo ist ein flächendeckendes Konzept für Abstellplätze an zentralen Orten vorgesehen. Ein zweckgebundener Rahmenkredit ist ein geeignetes Instrument, um diese Vorhaben zu priorisieren und zu beschleunigen. Die Realisierung vom regionalen Veloroutennetz soll nicht dem städtischen Rahmenkredit angelastet werden, sondern über die Bau- und Unterhaltspauschale vom Kanton finanziert werden. Der Gegenvorschlag vom Stadtrat beinhaltet einen Vorausblick auf drei Jahre und zeigt auf, welche Massnahmen geplant sind.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung zu Dispositivpunkt A1:

Marc Bourgeois (FDP): *Die Initiative vermischt regionale Velorouten mit kommunalen. Es gibt Finanzkompetenzen der Stadt und des Kantons. Grundsätzlich finanziert der Kanton das regionale Veloroutennetz, indem wir über Bau- und Unterhaltspauschale das Geld wieder zurück bekommen. Daneben haben wir ein kommunales Veloroutennetz, dass das regionale Netz verdichtet und dieses wird von der Stadt gezahlt. Entweder zahlt die Stadt für die Aufgaben des Kantons und es ist auch unklar, ob man die Baukostenpauschale wieder abziehen kann oder dies alles angerechnet wird an den Rahmenkredit. Die Initiative löst keine Probleme, es ist nicht überall möglich ein vollumfassendes Velonetz anzubieten und sie ist finanzpolitisch völlig unverantwortlich.*

Markus Knauss (Grüne): *Wir haben die Veloförderung in der Gemeindeordnung institutionell festgeschrieben. Dies setzen wir nur mit den nötigen Mitteln um. Wenn wir wollen, dass das Verkehrssystem funktioniert, braucht es ein sicheres, durchgehendes Netz und das muss für die Alltagsfahlerin und den Alltagsfahrer tauglich sein. Eine erfolgreiche Veloförderung macht aus, über Jahre den nötigen und finanziellen Atem zu haben, um ein gut funktionierendes Netz auszubauen. Jede Strasse, die in der Stadt ohne Velomassnahmen realisiert wird, ist eine verpasste Chance auf Jahrzehnte.*

Kommissionsmehrheit Änderungsantrag und Schlussabstimmung zu Dispositivpunkt A2:

Simone Brander (SP): *Die GLP beantragt wenn die einzelnen Projekte innerhalb vom Rahmenkredit mehr als 5 Millionen Franken kosten, der Gemeinderat nochmal entscheiden muss. Der Antrag steht quer in der Landschaft. Bei allen Projekten die über den zukünftigen Rahmenkredit finanziert werden, reden wir nur über den Veloanteil daran. Die allermeisten Bauprojekte bestehen aber noch aus anderen Teilen, z. B. Massnahmen für den Fussverkehr, Erneuerungen der Werkleitungen etc. Diese Teile werden auch in Zukunft nicht über den Rahmenkredit finanziert. Wenn ein solches Bauprojekt mehr als 2 Millionen Franken kostet, muss es trotz dem Beitrag aus dem Rahmenkredit auch zukünftig vom Gemeinderat bewilligt werden. Im Falle einer neuen Kompetenzaufteilung wie die GLP sie vorschlägt, müsste der Gemeinderat im Zweifelsfall Volksentscheide übergehen. Das Stimmvolk muss darüber entscheiden, weil nur bei 20 Millionen Franken die Entscheidungskompetenz beim Gemeinderat liegt.*

3 / 6

Kommissionsminderheit Änderungsantrag zu Dispositivpunkt A2:

Isabel Garcia (GLP): *Wir stellen einen Änderungsantrag: Über die Aufteilung vom Rahmenkredit in Objektkredite für einzelnen Projekte entscheidet der Gemeinderat ab einem Betrag von mehr als 5 Millionen Franken, in allen anderen Fällen entscheidet der Stadtrat, respektive die nachgeordneten Stellen. Wir erachten den Gegenvorschlag nicht nur aus finanzieller Sicht als zielführendere Lösung als die Volksinitiative. Der Gegenvorschlag ist ein gutes Mittel, um die Finanzen dort zuzuweisen, wo die Stadt in eigener Kompetenz investieren kann und soll.*

Kommissionsminderheit Schlussabstimmung über Dispositivpunkt A2:

Mauro Tuena (SVP): *Der Gegenvorschlag ist nicht wesentlich anders als die Initiative und in der jetzigen finanziellen Lage viel zu teuer sowie nicht nötig. Bei diesen horrenden Beträgen bleiben wir bei unserem Nein.*

Änderungsantrag zu Dispositivpunkt A1

Die Mehrheit der SK PD/V beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PD/V beantragt folgende Änderung des Dispositivpunkts A1:

1. Die «Volksinitiative für sichere und durchgängige Velorouten» (Velo-Initiative) vom 30. Januar 2013 wird angenommen.

Mehrheit: Marc Bourgeois (FDP), Referent; Präsident Roger Tognella (FDP), Markus Hungerbühler (CVP), Thomas Kleger (FDP), Roland Scheck (SVP), Guido Trevisan (GLP), Mauro Tuena (SVP)

Minderheit: Markus Knauss (Grüne), Referent; Vizepräsidentin Simone Brander (SP), Marianne Aubert (SP), Hans Jörg Käppeli (SP), Alan David Sangines (SP), Christina Schiller (AL)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 56 gegen 62 Stimmen ab.

Änderungsantrag zu Dispositivpunkt A2b

Die Mehrheit der SK PD/V beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PD/V beantragt folgende Änderung des Dispositivpunkts A2b:

- 2.b Über die Aufteilung des Rahmenkredits in Objektkredite für einzelne Projekte entscheiden der Gemeinderat ab einem Betrag von mehr als 5 Millionen Franken, in allen anderen Fällen der Stadtrat respektive die nachgeordneten Stellen gemäss Geschäftsordnung des Stadtrats.

4 / 6

Mehrheit: Vizepräsidentin Simone Brander (SP), Referentin; Marianne Aubert (SP), Hans Jörg Käppeli (SP), Markus Knauss (Grüne), Alan David Sangines (SP)
Minderheit: Guido Trevisan (GLP), Referent
Enthaltung: Präsident Roger Tognella (FDP), Marc Bourgeois (FDP), Markus Hungerbühler (CVP), Thomas Kleger (FDP), Roland Scheck (SVP), Christina Schiller (AL), Mauro Tuena (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 53 gegen 12 Stimmen zu.

Weitere Wortmeldung:

Markus Knauss (Grüne): *Wir haben das Dispositiv A1 bereinigt und die Mehrheit hat gewechselt. Nun muss dies anders formuliert werden. Wer dem bereinigten Dispositiv zustimmt, das auf der Initiative beruht, muss Ja sagen und wer das bereinigte Dispositiv ablehnt, das auf der Initiative beruht, muss Nein sagen. Nur dann ist es klar geregelt und sonst gibt es einen sehr grossen Interpretationsspielraum.*

Schlussabstimmung über den Dispositivpunkt A1

Die Mehrheit der SK PD/V beantragt Zustimmung zum Dispositivpunkt A1.

Die Minderheit der SK PD/V beantragt Ablehnung des Dispositivpunkts A1.

Mehrheit: Marc Bourgeois (FDP), Referent; Präsident Roger Tognella (FDP), Markus Hungerbühler (CVP), Thomas Kleger (FDP), Roland Scheck (SVP), Guido Trevisan (GLP), Mauro Tuena (SVP)
Minderheit: Markus Knauss (Grüne), Referent; Vizepräsidentin Simone Brander (SP), Marianne Aubert (SP), Hans Jörg Käppeli (SP), Alan David Sangines (SP), Christina Schiller (AL)

Gemäss der Abstimmung zum Änderungsantrag zu Dispositivpunkt A1 bringt die Ratspräsidentin die Anträge wie folgt zur Abstimmung:

Die Mehrheit entspricht Zustimmung zum bereinigten Dispositivpunkt A1.

Die Minderheit entspricht Ablehnung des bereinigten Dispositivpunkts A1.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 62 gegen 56 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über den Dispositivpunkt A2

Die Mehrheit der SK PD/V beantragt Zustimmung zum Dispositivpunkt A2.

Die Minderheit der SK PD/V beantragt Ablehnung des Dispositivpunkts A2.

5 / 6

- Mehrheit: Vizepräsidentin Simone Brander (SP), Referentin; Marianne Aubert (SP), Hans Jörg Käppeli (SP), Markus Knauss (Grüne), Alan David Sangines (SP), Christina Schiller (AL), Guido Trevisan (GLP)
- Minderheit: Mauro Tuena (SVP), Referent; Präsident Roger Tognella (FDP), Marc Bourgeois (FDP), Markus Hungerbühler (CVP), Thomas Kleger (FDP), Roland Scheck (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 45 Stimmen zu.

Kommissionsreferent Schlussabstimmung über Dispositivpunkt B1:

Roger Tognella (FDP): *Die einstimmige Kommission beantragt die Volksinitiative und den Gegenvorschlag so bereinigt den Stimmberechtigten gleichzeitig zur Abstimmung zu unterbreiten.*

Schlussabstimmung über den Dispositivpunkt B1

Die SK PD/V beantragt Zustimmung zum Dispositivpunkt B1.

- Zustimmung: Präsident Roger Tognella (FDP), Referent; Vizepräsidentin Simone Brander (SP), Marianne Aubert (SP), Marc Bourgeois (FDP), Markus Hungerbühler (CVP), Hans Jörg Käppeli (SP), Thomas Kleger (FDP), Markus Knauss (Grüne), Alan David Sangines (SP), Roland Scheck (SVP), Christina Schiller (AL), Guido Trevisan (GLP), Mauro Tuena (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PD/V mit 118 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

A. Zuhanden der Gemeinde:

1. Die «Volksinitiative für sichere und durchgängige Velorouten» (Velo-Initiative) vom 30. Januar 2013 wird angenommen.
2. Die nachstehende Vorlage wird als Gegenvorschlag zur «Volksinitiative für sichere und durchgängige Velorouten» (Velo-Initiative) vom 30. Januar 2013 beschlossen:
 - a. Für die Planung und den Bau kommunaler Velorouten, -stationen und -abstellplätze in der Stadt Zürich wird ein Rahmenkredit von 120 Millionen Franken bewilligt.
 - b. Über die Aufteilung des Rahmenkredits in Objektkredite für Projekte entscheiden der Stadtrat respektive die nachgeordneten Stellen gemäss Geschäftsordnung des Stadtrats.
 - c. Der Stadtrat erstattet dem Gemeinderat jährlich Bericht über das Bauprogramm der kommunalen Velorouten, -stationen und -abstellplätze für die nächsten drei Jahre.

6 / 6

B. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz

1. Die Volksinitiative und der Gegenvorschlag werden den Stimmberechtigten gleichzeitig zur Abstimmung unterbreitet.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 3. Dezember 2014 gemäss Art. 10 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat